Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung in West-Canada und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

THE "SASKATCHEWAN COURIER
is the largest German newspaper published in Western Canada. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - Telephone 537

1819 Scarth-Str., Zimmer 104 — Organ der Deutschen in West Canada — 1819 Scarth Str. Room 104

6. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 29. Januar 1913 — No. 13

Mehrheit für Home Rule

Die Vorlage ging sofort ans Oberhaus des Parlaments weiter. — Doch aussichtslos. — Das Unterhaus kann jedoch die schließliche Durchführung erzwingen. — Rebellion angedroht.

London. — Unter Szenen stürmischen Jubels der irischen Nationalisten, in den die Mitglieder der übrigen Regierungsparteien einstimmten, gelangte am Donnerstag Abend das Home Rule - Gesetz für Irland im Unterhaus in dritter Lesung mit 110 Stimmen Mehrheit endgültig zur Annahme. Die Abstimmung bildete den Höhepunkt einer äußerst heftigen Debatte, die mit der einzigen Unterbrechung der Weihnachtsfeiertage 52 Tage gedauert hatte; alle Parteien hatten sämtliche, die erscheinen konnten, zur Abstimmung auf den Platz gebracht.

Die angenommene Vorlage wurde sofort dem Oberhaus zugestellt, wo ihre Ablehnung schon vorher beschlossene Sache ist. In diesem Falle wird nach der revidierten Verfassung die Vorlage wieder ans Unterhaus zurückgehen, und wenn dieses dieselbe nochmals zweimal nacheinander annimmt, wird sie, die Zustimmung des Königs vorausgesetzt, zum Gesetz auch ohne die Einwilligung des Oberhauses. Bis es soweit ist, mag es ein bis zwei Jahre anstehen.

Die beiden letzten Hauptredner waren der Oppositionsführer A. Bonar Law und Augustine Birrell, der Chefsekretär für Irland. Der Führer der Opposition sprach offen die Ueberzeugung aus, daß die Ulsterleute gegen das Gesetz rebellieren würden, und zwar, wie er sagte, mit Recht; er fügte hinzu, ihre Rebellion werde Erfolg haben, denn sie seien bereit, das Leben für ihre Sache zu lassen; wenn in Belfast hundert im Straßenkampf erschossen würden, würden tausend andere deren Stelle einnehmen und die Verantwortung für das Blutvergießen werde ganz allein die Regierung treffen. Sekretär Birrell seinerseits wies darauf hin, daß dem langjährigen Wunsche der Nationalisten entsprochen und dem unhaltbaren Zustand ein Ende gemacht werden müsse.

Der Abstimmung über die Annahme der Vorlage ging der Debatte über den von Lord Balfour im Namen der Opposition gestellten Antrag voraus, die Vorlage abzulehnen. Diese erste Abstimmung ergab 258 zu 368 gegen den Antrag. Hierauf wurde die Vorlage selbst in dritter Lesung mit 367 gegen 257 Stimmen definitiv angenommen. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus 248 Liberalen, 82 irischen Nationalisten und 37 Mitgliedern der Arbeiterpartei.

Sofort nach Zustellung der vom Unterhaus angenommenen Vorlage hielt das Oberhaus eine kurze Sitzung, in der dieselbe, wie üblich, zur ersten Lesung kam. Hierauf wurde die Drucklegung angeordnet, und das Oberhaus schloß die Sitzung.

Begeisterte Demonstrationen wurden anläßlich der Annahme der Vorlage in den Straßen Londons abgehalten, doch die Polizei unterdrückte jeden Versuch einer organisierten Demonstration, da sie blutige Zusammenstöße zwischen den feindlichen Parteien befürchtete. Eine Anti-Home Rule - Demonstration wurde am Abend in Belfast, dem Hauptsitz der irischen Home Rule-Gegner, in Szene gesetzt, wo eine Kopie der Home Rule-Vorlage öffentlich unter großem Jubel verbrannt wurde. Die Erregung war groß, doch kam es zu keinen Ausschreitungen.

Die Rockefeller - Stiftung.

Washington. — Das Repräsentantenhaus stimmte über die sogenannte Rockefeller - Stiftung zur Verwendung eines Fonds von $100,000,000 für philantropische Zwecke ab. Die Stiftung John D. Rockefellers wurde mit 152 gegen 65 Stimmen angenommen. Die Maßnahme geht nun an den Senat. Die Vorlage, welche vom Abgeordneten Peters von Massachussets eingereicht wurde, nennt als Inkorporatoren des Fonds John D. Rockefeller, John D. Rockefeller jun., Frederick T. Gates, Starr J. Murphy, Harry Pratt Judson, Simon Flexner, Edwin A. Alderman, Wickliffe Rose und Charles O. Heydt.

Gegen Amerikas Wohl

Deutsches Fachurteil über Einwanderungs-Vorlage. — Zehn Prozent Dividende von „Hapag" erklärt. — Gaben für „Bremen."— Unabhängigkeit vom englischen Nachrichtendienst. — Gegen Rußland.

Berlin. — Anläßlich der zwischen den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses schwebenden Einwanderungs - Vorlage kam hier auf telegraphischem Wege die Aeußerungen der leitenden Geister des „Norddeutschen Lloyds" und der „Hamburg - Amerika - Linie" über die Vorlage, an.

Präsident Heineken vom „Nordd. Lloyd" telegraphierte:

„Das in Rede stehende Gesetz ist meines Erachtens dem amerikanischen Interesse höchst nachteilig, indem es die Entwicklung des Landes hemmt und die Produktionskosten steigert. Was Amerika braucht, sind gesunde, kräftige Leute, die willens und fähig sind, jede Arbeit zu verrichten, auch die von gebildeteren Arbeitern abgelehnte.

„Eine derartige Einwanderung sollte mit allen Mitteln erleichtert werden. Ich erinnere mich, daß der letzte Regierungsakt des Präsidenten Cleveland das Betreiben einer ähnlich schädlichen Bill war.

„Es wäre im eigenen Interesse Amerikas zu begrüßen, wenn Präsident Taft ebenso verführe. Was die ärztliche Untersuchung anbelangt, so wird von Seiten der deutschen Regierung bereits Alles getan, was möglicherweise verlangt werden kann, so daß es überflüssig erscheint, darüber hinauszugehen."

Die „Hamburg - Amerika - Linie" telegraphiert: „Da uns die Einzelheiten der neuen Bill unbekannt sind, möchten wir von einem Urteil darüber absehen."

Berlin. — In einer soeben abgehaltenen Sitzung hat der Aufsichtsrat der „Hamburg - Amerika-Linie" eine Dividende von zehn Prozent erklärt, während diese im Vorjahre neun Prozent betrug.

Die große Schiffahrts-Gesellschaft schloß das Geschäftsjahr mit einem Betriebsgewinn von 56½ Millionen Mark ab, gegen 44 Millionen im Jahre 1911. Für Schiffsneubauten und Schiffsankäufe wurden im verflossenen Geschäftsjahr 18 Millionen Mark ausgegeben.

Die politische Lage und der von Neuem drohende Konkurrenzkampf hat den Aufsichtsrath veranlaßt, die Reserven weiter zu stärken, welche sich nun auf über 38 Millionen Mark belaufen.

Bremen. — Der Senat von Bremen hat dem kleinen Kreuzer „Bremen," dem einzigen deutschen Stationsschiff in amerikanischen Gewässern, nachträglich dankenswerte Weihnachtsgaben überwiesen. Für die Offiziersmesse ist kostbares Silbergeschirr gestiftet worden. Die Mannschaft der „Bremen" hat die Baarsumme von fünfhundert Mark erhalten.

Berlin. — Die deutsche Kabellinie von Monrovia, Liberia, über Lome nach Duala, Kamerun, ist nunmehr dem Verkehr übergeben worden. Sie findet Anschluß an das schon bestehende deutsche Kabel Emden-Monrovia-Pernambucoo, Brasilien. Von Duala aus soll das Kabel später bis nach Deutsch - Südwestafrika verlängert werden. Für die deutsch-afrikanischen Kolonien ist dann eine vom englischen Nachrichtendienst unabhängige Verbindung mit dem Mutterlande hergestellt. Die Kabellegung bis Duala ist um einen Monat früher fertig geworden, als es ursprünglich in Rechnung gezogen war.

Berlin. — Der preußische Minister des Innern v. Dallwitz hat die Behörden in den östlichen Provinzen angewiesen, russische Ballons, welche die Grenze überfliegen, sofort zum Landen zu bringen. Das Vorgehen ist eine Repressalie gegen das Feuern auf deutsche Ballons in Rußland.

Kriegsschiffe fahren nach türkischen Gewässern.

London. — Italienische, englische und andere Kriegsschiffe erhielten den Befehl sofort nach den türkischen Gewässern zu fahren, so lauten die Nachrichten von den Mittelmeerhäfen.

Neue Spannung

Französischer Gesandter in Bukarest hetzt gegen Oesterreich. — „Reichspost" erhebt ernste Anklage. — Sorge um den leidenden Fürsterzbischof von Wien. — Mordtaten eines tobsüchtigen Korporals. — Ehren für rumänische Minister.

Wien. — Größtes Aufsehen erregte eine ernste Anklage, welche die „Reichspost" gegen den französischen Gesandten Blondel in Bukarest erhebt. Das dem Erzherzog - Thronfolger Franz Ferdinand nahestehende Blatt beschuldigt den Vertreter der französischen Republik in der rumänischen Hauptstadt, daß er gemeinsam mit russischen Agenten eine systematische Hetze gegen Oesterreich-Ungarn betreibe. Es wird vermutet, daß die offene Beschuldigung zum Gegenstand von diplomatischen Verhandlungen zwischen Wien und Paris gemacht werden wird. Zunächst wird mit begreiflicher Spannung abgewartet, welches Echo der Angriff der „Reichspost" in Pariser Organen finden wird.

Wien. — Der Gesundheitszustand des Kardinals Dr. Franz Nagl Fürsterzbischof von Wien, flößt die größte Besorgnis ein. Der Kirchenfürst ist augenscheinlich schwerkrank. Er leidet an Gicht, Nierenreizung und Anämie. Die Blutarmut hat ihn gänzlich schwach und matt gemacht. Dr. Franz Nagl, am 26. November 1855 in Wien geboren, wurde am 27. November 1911 zum Kardinal ernannt.

Nevesinje, Herzegowina. — Ein aufregendes Ereignis hat sich hier abgespielt. Ein Korporal vom 18. Böhmischen Infanterie - Regiment erschoß in einem plötzlichen Anfall von Tobsucht fünf Kameraden und verwundete drei andere. Dann steckte der Geisteskranke die Barracken in Brand und setzte allen Versuchen, seiner habhaft zu werden, den heftigsten Widerstand entgegen. Später wurde er tot aufgefunden. Die Kugel eines Postens hatte ihn niedergestreckt.

Wien. — Erzherzog Rainer ist an Influenza schwer erkrankt. Da sich eine Darmlähmung eingestellt hat, wird zumal bei dem hohen Alter des Patienten, das Schlimmste befürchtet. Erzherzog Rainer ist am 11. Ehrendoktor der Universität Wien und des Polytechnikums, Ehrenmitglied und Kurator der Kais. Akademie der Wissenschaft und der Kais. Akademie der Künste und General der Infanterie.

Wien. — Kaiser Franz Joseph hat den Mitgliedern des rumänischen Ministeriums große Auszeichnungen zuteil werden lassen. Entweder ist den Herren das Bild des Monarchen in kostbaren Goldrahmen geschenkt oder ein hoher Orden verliehen worden. Als Vorwand für die Ehrung hat die kürzlich überaus freundschaftliche Aufnahme des Generalstabs-Chefs der österreichisch - ungarischen Armee, General d. Inf. Freiherrn Conrad von Hötzendorf, in Bukarest herhalten müssen. In Wahrheit aber gelten die Auszeichnungen als höchst bedeutungsvoll, indem sie auf feste Abmachungen zwischen der Doppelmonarchie und Rumänien schließen lassen.

London. — Eine der Hauptschwierigkeiten in der Kontroverse zwischen Rumänien und Bulgarien ist beigelegt worden. Die bulgarische Regierung hat sich zur Abtretung eines Teils des am Schwarzen Meer gelegenen bulgarischen Küstengebiets an Rumänien bereit erklärt. Rumänien wird dadurch in die Lage versetzt, in Mangalia eine Flottenstation zu errichten. Wegen der Nähe der bulgarischen Grenze hielt man es bisher nicht für geraten, den erwähnten Hafen in dieser Weise auszunützen. Die Vertreter der rumänischen und bulgarischen Regierungen sind unter Hinweis auf das erzielte Einverständnis überzeugt, daß alle übrigen strittigen Punkte mit Leichtigkeit geregelt werden können.

Deutsche Luftschiffe für Japan.

Tokio. — Die japanische Regierung hat beschlossen, ein Luftschiffkorps für die Armee zu bilden und hat zu diesem Zweck von einer deutschen Firma zwei lenkbare Parsefals-Ballone bestellt.

Der Halbmond gibt nach

Das osmanische Parlament beschließt, die Note der Mächte als einzigen Ausweg anzunehmen. — Der ungeheure Schadenersatz, den die Balkanstaaten verlangen, wird eine neue Scheidewand bedeuten.

London. — Die Bevollmächtigten der Balkanstaaten zeigten heute große Freude darüber, daß das Parlament in Konstantinopel den Beschluß gefaßt hat, den Rat der europäischen Großmächte anzunehmen. Während man schon in den letzten 48 Stunden davon überzeugt war, daß die älteren Staatsmänner in der osmanischen Hauptstadt sich mit der bitteren Notwendigkeit, die europäische Türkei als ein Ding der Vergangenheit zu betrachten, abgefunden hatten, glaubte man aber keineswegs daß die Entscheidung so schnell fallen würde. So ungewohnt ist ein derartiges schnelles Handeln der Türken, daß in vielen Kreisen die Befürchtung herrscht, es könne ein Hinterhalt mit der Bereitwilligkeit verbunden sein; aber irgend welche Beweise für eine solche Handlung liegen nicht vor. Die Antwort der Pforte auf die vereinte Note der Mächte wird morgen den Botschaftern übergeben werden, und man ist davon überzeugt, daß damit die Krisis in den Friedensverhandlungen überschritten ist.

Immerhin ist es zweifellos, daß noch ein harter Kampf über die Frage der Schadenersatzsumme entstehen wird, denn die Balkanstaaten fordern einen Betrag von rund $200,000,000. Wenn es etwas gibt, was die Sieger in diesem Punkte zum Nachgeben zwingen kann, so ist es die Einsicht, daß die Türkei im voraus als bankerott betrachtet werden kann, und wenn der Halbmond sich in dieser Beziehung an den Verband der Großmächte wenden sollte, kann er mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß man ihn unterstützen wird. Denn auch hier gilt das alte Sprichwort: Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, und die Eintreibung der ungeheuren Kriegsentschädigung würde sicher nicht zu den leichtesten Aufgaben gehören, sofern sie überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Wien. — Die Türkei hat beschlossen, die Festung Adrianopel aufzugeben, nach einer halboffiziellen aus Konstantinopel eingetroffenen Nachricht.

Berlin. — Die soeben aus Wien eingetroffene Nachricht, die Pforte habe sich bereit erklärt, die Festung Adrianopel aufzugeben, wird hier mit Mißtrauen aufgenommen. Die hiesige türkische Gesandtschaft hält es für unwahrscheinlich, daß ihre Regierung ein derartiges Zugeständnis machen werde.

Konstantinopel. — Die Verluste der Türken in der Seeschlacht mit den Griechen vor dem Eingang zu den Dardanellen am 18. Januar betrugen an Toten 4 Offiziere und 6 Mann, an Verwundeten 164.

Im Verlaufe des Treffens traf eine Bombe das türkische Schlachtschiff „Torgut Reis", verwundete die 2 eisfüßige Geschütze. Das Schiff gesamte Besatzung und demolierte „Assan-I-Tewfik" wurde ebenfalls erheblich beschädigt.

Die Türken behaupten, daß auch sie den Griechen erhebliche Verluste zufügten.

London. — Die ungarischen Gefängnisse in Szegedin sind mit serbischen Agitatoren geradezu überfüllt und die Gerichte sind Tag und Nacht beschäftigt, gegen serbische Wühler eingeleitete Klagen zu erledigen. Das Geschworenengerichtverfahren ist aufgehoben, da es unmöglich ist, ein Kollegium zusammenzustellen, dem nicht mehrere Serben angehören. Letztere sprechen ihre Landsleute unter allen Umständen frei.

Konstantinopel. — Das hier zusammengetretene Parlament entschied, die von den Mächten unterbreiteten Vorschläge anzunehmen.

Konstantinopel. — Das Parlament der Pforte trat heute im Palast Dölmabaghtehe zusammen, um die Frage zu entscheiden, ob Frieden geschlossen oder der Krieg wieder aufgenommen werden soll. Etwa 80 Delegaten waren anwesend, darunter Senatoren, hohe kirchliche Würdenträger, Minister und deren Sekretäre.

Rücktritt des Kabinets

Die Abdankung der osmanischen Regierung ruft große Erregung hervor. — Ein Krieg bis zum äußersten anstatt des schon erhofften Friedens wird befürchtet. — Konstantinopel in Aufruhr.

Konstantinopel. — Einen dramatischen Abschluß fand hier die öffentliche Erklärung der Regierung, daß die Vorschläge der Großmächte angenommen seien, denn eine fürchterliche Demonstration folgte, und die Menge verursachte vor dem Amtsgebäude des Großveziers einen derartigen Auflauf, daß man bald an Gewaltakte glauben konnte. Kurze Zeit darauf erschien Enver Bey vor dem Hause und erklärte den Volksmassen, daß er die Resignation des Kabinets Kiamil Pascha in der Tasche trage, und gerade so elementar wie bei zu diesem Augenblicke die Zornesausbrüche waren, machten sich jetzt die Freudenbezeugungen geltend. Der Jubel der Massen kannte keine Grenzen und erreichte seinen Höhepunkt als Enver Bey kurze Zeit darauf aus dem Palaste zurückkehrte und eine Irade verlas, durch welche Mahmud Shefket Pascha zum Großvezier ernannt wurde. Dieser ist das Haupt der Jungtürken und das ganze Bild der internationalen Politik hat sich durch seine Ernennung zum Regierungschef vollständig geändert. Nach Kräften wurden sofort Jungtürken in alle wichtigen Stellungen, militärischer, sowohl als diplomatischer Art eingestellt. Das Ministerium des Aeußern wurde dem jetzigen türkischen Botschafter in Wien Hassain Hilmi Pascha angeboten. Die Zeitungen älterer Richtungen wurden suspendiert.

London. — Mit Ausnahme der türkischen Bevollmächtigten ist ganz London in Aufregung über die aus Konstantinopel einlaufenden Nachrichten. Die Botschafter der Mächte hatten sich schon darüber gefreut, daß es ihrer diplomatischen Kunst augenscheinlich gelungen war, den Frieden herbeizuführen; die Bevollmächtigten der Balkanstaaten hatten schon über den errungenen Sieg triumphiert, da plötzlich, wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel traf aus Konstantinopel die Nachricht ein, daß das Kabinet sich zurückgezogen habe, und die Regierung in die Hände der Jungtürken gelegt worden sei.

Was dies für die Sache des Friedens zu bedeuten hat, läßt sich noch nicht ermessen, doch fürchtet man in weiten Kreisen, daß die Jungtürken einen Krieg bis aufs Messer fordern werden, und die breiten Volksmassen stehen hinter ihnen, denn allgemein ging ein Schrei der Entrüstung durch das Land, als es bekannt wurde, daß man beschlossen habe, Adrianopel aufzugeben. Auf der anderen Seite rechnet man aber auch mit der Möglichkeit, daß die ganze Angelegenheit nur ein neuer Schachzug türkischer Diplomatie ist, und man frägt sich, ob die Mächte sich dazu herbeilassen werden, die Türkei um Frieden zu zwingen, oder ob sie als untätige Zuschauer dem weitern Gang der Verhandlungen folgen werden.

London. — Die unmittelbare Folge des Beschlusses des „Großen Rates" der Türkei, mit den vereinigten Balkanstaaten Frieden zu schließen, wird sein, daß auch die Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei zum Abschluß kommen, daß die Festungen Adrianopel, Janina und Skutari dem Feinde die Tore öffnen und die türkischen Garnisonen derselben ihren ehrenhaften Abzug bewerkstelligen.

Betreffs der Festung Skutari mag es noch zu allerlei Verwicklungen kommen, da bis dahin keine Klarheit darüber herrsche, wem sie sich ergeben soll, ob den Montenegrinern, den Albaniern oder den Vertretern der Mächte.

König Nikoulaus von Montenegro besteht darauf, daß er an der Spitze seiner Truppen seinen Siegeseinzug in die Stadt halten will. Er erklärte, im übrigen sei er nicht mit dem Plan seiner Generäle einverstanden, wenn nötig die Festung im Sturm zu nehmen. Menschlichkeitsgefühle verbiete ihm die Befolgung einer solchen Taktik, er wolle seinem kleinen Heer nicht unnötige weitere Verluste zufügen, denn es habe bereits bedeutend gelitten. Er habe von vornherein die Belagerungstaktik vorgezogen, und sollte die Festung nicht auf friedlichem Wege fallen, so wolle er sie lieber aufgeben.

Die türkischen Friedenskommissäre können das Gefühl der Enttäuschung über den Ausgang der Sache nicht verbergen.

Konstantinopel. — Das türkische Kabinet resignierte infolge der Demonstrationen und Proteste der Bevölkerung gegen die Gutheißung der Anträge der Mächte.

Mahomed Schefket Pascha, früherer Kriegsminister, wurde zum Großvezier an Stelle Kiamil Paschas ernannt.

Deutschlands Freundschaft

Wäre England nicht unwillkommen — „Outlook befürwortet Versöhnung zwischen den beiden Großmächten. — England wirbt um Freundschaft.

London. — Die Ernennung des bisherigen Botschafters v. Jagow zum Nachfolger des verstorbenen deutschen Staatssekretär des Auswärtigen von Kiderlen - Wächter liefert dem hiesigen „Outlook" eine willkommene Gelegenheit zur Befürwortung einer Aussöhnung zwischen Deutschland und England und einer engen Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Das Blatt behauptet, daß Freiherr v. Jagow sich stets unter den Diplomaten befunden habe, von denen eine deutsch - englische Verständigung befürwortet werde, und man daher erwarten dürfe, daß er in seinem neuen Amte auf dieses Ziel hinarbeiten werde.

„Es sind zwingende Gründe dafür vorhanden, daß Deutschland und England Hand in Hand gehen," fährt das Blatt fort. „Die beiden Länder haben nur gemeinsame Interessen. Sie sollten sich auf eine gemeinsame Politik im Stillen Ozean die Oeffnung des Panamakanals unter den gleichen Bedingungen für alle Nationen, Handelsfreiheit in Südamerika ohne Rücksicht auf die anmaßende Monroe - Doktrin, die Erhaltung der Integrität Chinas und die Beschützung und wirtschaftliche Förderung Persiens und der Türkei einigen. Eine intelligente deutsch-englische Freundschaft wird beiden Reichen Ehre und Gewinn bringen.

„Niemand kann bestreiten, daß die Bestrebungen Rußlands und der Vereinigten Staaten die Interessen Deutschlands und Englands bedrohen," heißt es in dem Artikel weiter. „Erst kürzlich erklärte ein demokratischer Kongreßabgeordneter in New York: „Die Ver. Staaten haben die Mission, die ganze Welt unter ihre Herrschaft zu bringen." In den diplomatischen Kreisen ist es ein öffentliches Geheimnis, daß Rußland im Verein mit Frankreich den Bankerott Chinas herbeizuführen sucht, um die wertvollsten Provinzen dieses riesigen Reiches an sich reißen zu können. In Persien schädigt Rußland die britischen Interessen in jeder möglichen Weise. Der aggressiven Politik Rußlands und der Ver. Staaten vermögen Deutschland und England nur Einhalt zu gebieten, wenn sie ihre alten Eifersüchteleien begraben und gemeinsam handeln. Das begreift heute jeder denkende Brite."

Streikunruhen.

New York. — Nahe einer Fabrik in der Springstraße, wo Wachposten der Streiker Streikbrecher überreden wollten, nicht zur Arbeit zu gehen, kam es zum Handgemenge und die Polizei - Reserven wurden aufgeboten. Gegen zwölf Personen wurden verhaftet. Die Polizei erwartet schwere Unruhen, sowie es kälter wird und die Not der Streiker größer wird. Die 25,000 Arbeiter der Blusen- und Damenkleider-Fabriken, deren Differenzen mit den Arbeitgebern beigelegt worden sind, haben sich wieder an die Arbeit begeben.

William Rockefeller nicht zu krank.

Washington. — Dr. Charles W. Richardson erklärte dem Pujo-Kongreßkomitee, welches den angeblichen Geldtrust untersucht, daß der Oelmagnat William Rockefeller ein kurzes Verhör wohl ohne Gefahr für sein Leben aushalten kann. Der Arzt sprach sich jedoch gegen ein langes Verhör aus, da die Stimmbänder Rockefellers in schlechtem Zustande seien.

Letzte Depeschen

Große Metzelei.

London. — Ein Berichterstatter der „Times", der den Orient ziemlich genau kennt, meldet, daß er Nachricht erhalten habe von einem grausamen Vorgehen der Serben in Albanien. Die Serben seien darauf aus, alle Mohammedaner der eroberten Gebiete abzuschlachten. Seit Wochen sei unter den Nichtkämpfern, Männern sowohl wie Frauen und Kindern, eine grausame Metzelei im Gange. Die Zahl der Opfer soll sich bereits auf mehr als eine halbe Million belaufen.

Auch die „Wiener Reichspost" bringt derartige Meldungen. Ihr Berichterstatter hat die Metzeleien mit eigenen Augen gesehen. Das Blatt sagt, es verlange nicht, daß man dem Bericht ohne Weiteres Glauben schenke. Europa solle eine Untersuchung veranstalten und würde dann die Wahrheit der Meldungen erfahren. Unter Anderem wird von dem Wiener Berichterstatter erzählt, daß die Serben Mädchen von 12 Jahren in scheußlicher Weise mißhandeln und die Väter mit vorgehaltenem Revolver zwingen, Zeuge dieser Schandtaten zu sein.

Die Drohungen der Verbündeten.

London. — Die Friedensdelegaten der Balkanverbündeten erklären, die Kollektivnote der Mächte an die Türkei lege den Verbündeten keinerlei Fesseln an. Wenn sich die Türkei nicht zur Annahme der gestellten Forderungen bequeme, so würde das die vollständige Vernichtung des türkischen Reiches in Europa bedeuten. Im Uebrigen sind die Vertreter der Balkanstaaten der Meinung, daß der Krieg nicht wieder aufgenommen wird.

Dr. Daneff, der Chef der bulgarischen Unterhändler, meinte, er glaube nicht, daß die Türkei so unklug sein würde, den Rat der Mächte zurückzuweisen.

Berg Athos als Kirchenrepublik.

London. — Die Botschafter-Konferenz hat sich dahin entschieden, den Berg Athos, der auch den Namen Heiliger Berg führt und südöstlich von Saloniki liegt, zu einer unabhängigen Kirchenrepublik zu erklären. Die Republik, die von Mönchen mit dem bekumenischen Patriarchen verwaltet werden soll, wird unter dem Schutze aller Balkanstaaten stehen.

Admiral Friedrich von Hollmann tot.

Berlin. — Eine mit der fortschrittlichen Entwicklung der deutschen Kriegsflotte hervorragend identifizierte Persönlichkeit ist vom Tode hinweggerafft worden. Admiral a. D. Friedrich von Hollmann, welcher am 20. Januar das einundachtzigste Lebensjahr vollendete, ist einem Schlaganfall erlegen.

Briand Frankreichs Premierminister.

Paris. — Aristide Briand hat definitiv das Amt als Premierminister, das ihm Präsident Fallieres angeboten, acceptiert, zugleich mit dem Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden.

Das neue Ministerium, welches Briand heute ankündigte, setzt sich zusammen wie folgt:

Premier und Minister des Innern, Aristide Briand; Justiz, Jean Barthou; Auswärtiges, Charles E. A. Jonnart; Krieg, Eugene Etienne; Marine, Pierre Baudin; Finanzen, Louis Klotz; Unterricht, Jules Steeg; Oeffentliche Arbeiten, Jean Dupuy; Ackerbau, Jean Morel; Handel, Bernard Davids; Kolonien, Gabriel Guisthau; Arbeit, Rene Bernard.

Aus europäischen Hofkreisen.

Potsdam. — Hier wurde die Verlobung der Prinzessin Victoria Margarete, einzige Tochter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, mit Prinz Heinrich von Reuß angekündigt. Der Prinz von Reuß befand sich unter den Offizieren des Schlachtkreuzers Moltke, als dieser kürzlich die Vereinigten Staaten besuchte.

St. Petersburg. — Amtlich wird angekündigt, daß das englische Königspaar im Juni Rußland besuchen wird und dann später Paris, Rom und Berlin.

(Fortsetzung auf Seite 7.)